

## Stochern im Kerosin-Nebel



Flugzeuge hinterlassen am Himmel nicht nur Kondensstreifen, sondern in dünn besiedelten Gebieten mitunter auch Kerosin. FOTO: Uwe Hentschel

BITBURG/PRÜM. Wenn Flugzeuge in Notsituationen größere Mengen von Treibstoff über dünn besiedelten Regionen ablassen müssen, bietet sich die Eifel dafür geradezu an. Dagegen wehrt sich nun der Kreistag mit einer Resolution.

Für Dirk Kleis besteht dringender Handlungsbedarf: „Ich denke, wir dürfen das als Vertreter der Bürger nicht so einfach stehen lassen“, sagt der Sprecher der FWG-Kreistagsfraktion und begründet damit den Antrag seiner Fraktion zur Verabschiedung einer Resolution. Es geht um das kontrollierte Ablassen von Kerosin bei Flugzeugen. Solche Spritablässe, auch Fuel Dumping genannt, dienen dazu, im Vorfeld einer außerplanmäßigen Landung das Gewicht von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen zu reduzieren.

Steht ein solcher Vorgang an, muss er der Flugsicherung gemeldet werden. Dem Piloten der Maschine wird dann ein Luftraum zugewiesen, in dem er das Kerosin ablassen kann. Und soweit das möglich ist, wird darauf geachtet, dass dieser Luftraum über einer dünn besiedelten Region liegt.

Nach Einschätzung der Bundesregierung kommt von dem, was von den Turbulenzen hinter dem Flugzeug zu einem feinen Nebel verteilt wird, auf dem Boden nur wenig an. Der FWG-Fraktion sind solche vagen Angaben jedoch zu wenig. In dem Resolutionsentwurf wird deshalb gefordert, Vorfälle unverzüglich auf einer für jeden zugänglichen Internetseite zu veröffentlichen. Darüber hinaus solle jeder Kerosinablass auf seine Notwendigkeit hin überprüft werden.

Des Weiteren wird in der Resolution die umgehende Veröffentlichung von Studienergebnissen zu möglichen Belastungen für die Umwelt sowie die Umsetzung technischer Alternativen zum Fuel Dumping verlangt. „Wirtschaftliche Interessen der Fluggesellschaften dürfen nicht über dem Schutz von Mensch und Natur stehen“, heißt es in dem Entwurf. Und weiter: „Unterstellt man, dass beim Fuel Dumping keine Belastung für Mensch und Umwelt erfolgt, kann das Ablassen grundsätzlich auch über anderen Regionen als der dünn besiedelten Eifel erfolgen.“

Im Kreistag stößt dieser Antrag fraktionsübergreifend auf Zustimmung, weshalb er auch einstimmig mitgetragen wird. Michael Billen (CDU) verweist in diesem Zusammenhang auf die noch ausstehenden Ergebnisse eines Simulationsgutachtens und erhofft sich davon weitere Erkenntnisse. „Wir erwarten, dass die militärischen Quellen genauso untersucht werden wie die zivilen“, so Billen. Er habe durchaus Verständnis für den Treibstoffablass, Sicherheit gehe nun mal vor, sagt der CDU-Fraktionssprecher. Doch er erwarte, über solche Vorgänge ausreichend informiert zu werden.

Auch Helmut Fink, Fraktionssprecher der Grünen, fordert eine bessere Aufklärung der Bevölkerung. Bei zwei Drittel der dem Luftfahrt-Bundesamt gemeldeten Vorgänge handle es sich um Kerosinablässe über Rheinland-Pfalz, kritisiert Fink. Noch wichtiger als die Information ist für Horst Büttner von der SPD das Vermeiden solcher Aktionen. Es gebe durchaus technische Möglichkeiten, darauf zu verzichten, sagt Büttner. Davon überzeugt ist auch Kleis.

„Für Fuel Dumping gibt es oft auch wirtschaftliche Gründe“, sagt er. Sei das Flugzeug bei der Landung zu schwer, so habe das oft aufwendige Nachuntersuchungen zur Folge, so Kleis. Ein Treibstoffablass sei deshalb oft die schnellere und günstigere Lösung.